

Ressort: Politik

Bund und Länder verpflichten Unis zu Maßnahmen gegen Studienabbruch

Berlin, 19.10.2014, 15:07 Uhr

GDN - Bund und Länder verpflichten die Hochschulen, Maßnahmen gegen Studienabbruch zu ergreifen. Dafür muss ein Teil der Mittel des künftigen Hochschulpakts aufgewendet werden.

Laut dem Entwurf der Bund-Länder-Vereinbarung zum Hochschulpakt 2020, der der "Welt" vorliegt, sollen die Länder ab 2016 zehn Prozent der Mittel, die ihnen der Bund für jeden neuen Studienplatz gibt, einsetzen, "um mehr Studierende qualitätsgesichert zu einem erfolgreichen Abschluss zu führen". Die Länder ihrerseits werden demnach ebenfalls zehn Prozent ihres Anteils drauflegen. Für einen neuen Studienplatz werden pro Jahr insgesamt 26.000 Euro kalkuliert. Die eine Hälfte kommt vom Bund, die andere vom Land. Damit würden davon künftig 2.600 Euro in, wie es heißt, "zielgerichtete Maßnahmen" gegen Studienabbruch fließen. Über die Erreichung der Ziele und die durchgeführten Maßnahmen soll jährlich berichtet werden. Laut des Papiers, über das die gemeinsame Wissenschaftskonferenz von Bund und Ländern am 30. Oktober befinden soll, bevor es dann die Ministerpräsidenten beschließen, soll der Schwerpunkt bei den neuen Studienplätzen an den Fachhochschulen und in den Fächergruppen Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik liegen. Darüber hinaus soll Studieren ohne Abitur noch leichter werden. "Die Länder werden im Rahmen des Hochschulpakts zudem mehr beruflich Qualifizierten den Zugang zu den Hochschulen eröffnen." Insgesamt wird der Bund zwischen 2015 und 2023 für die Ausfinanzierung des alten und des neuen Hochschulpakts mehr als 14,1 Milliarden Euro bereitstellen. Die Ländergemeinschaft wird mehr als 18,3 Milliarden Euro aufbringen. Grundlage für die Berechnung ist die Prognose der Studienanfängerzahlen der Kultusministerkonferenz (KMK) von 2014. Der Bund will dabei seinen Anteil nicht mehr dynamisch veränderten Studentenzahlen anpassen. "Sollte die Zahl der statistisch nachgewiesenen zusätzlichen Studienanfänger die aus der KMK-Vorausberechnung von 2014 berechnete Zahl zusätzlicher Studienanfänger übersteigen, so werden hierfür keine Bundesmittel bereitgestellt", heißt es in dem Papier.

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-43056/bund-und-laender-verpflichten-unis-zu-massnahmen-gegen-studienabbruch.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

UPA United Press Agency LTD

483 Green Lanes

UK, London N13NV 4BS

contact (at) unitedpressagency.com

Official Federal Reg. No. 7442619